

SCHRIFTENREIHE DENKANSTÖßE

PERSPEKTIVEN DER
EUROPÄISCHEN WÄHRUNGSUNION

Werner Schieder

ZUSAMMENFASSUNG

In seinem Beitrag übt Werner Schieder grundlegende Kritik am Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU. Die sterile Fixierung auf das Staatsdefizit und der Steuersenkungswettbewerb unter den EU-Mitgliedsstaaten verhinderten eine Revitalisierung der Eurozone. Aus der Analyse der Defizite werden Reformvorschläge für eine europäische Stabilitäts- und Wachstumspolitik abgeleitet: Eine engere makroökonomische Koordinierung innerhalb der EU und die Einführung von festen Obergrenzen für Leistungsbilanzüberschüsse – und nicht nur für Defizite.

Werner Schieder ist seit 2009 Mitglied des Bundestages und für die SPD-Fraktion im Europaausschuss Berichterstatter für Fragen der Europäischen Währungsunion. Davor war er für viele Jahre Landtagsabgeordneter in Bayern.

Kontakt: werner.schieder@bundestag.de

Die *Denkanstöße* sind eine regelmäßig erscheinende Publikation des Instituts Solidarische Moderne. Die veröffentlichten Texte stellen nicht zwangsläufig die Position des Instituts dar, sondern sind als Diskussionsgrundlage gedacht.

Textvorschläge für die Schriftenreihe *Denkanstöße* können per E-Mail geschickt werden an: publikation@solidarische-moderne.de. Über die Veröffentlichung eingesendeter Beiträge entscheidet ein Auswahlgremium des Instituts.

Das Institut Solidarische Moderne ist die 2010 mit Sitz in Berlin gegründete Programmwerkstatt der ProtagonistInnen der politischen Linken. Im engen Dialog von politischer Praxis und konstruktiver Wissenschaft entwerfen die über 1.500 Mitglieder Lösungen für die ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Fragen eines demokratischen Reformprojektes.

www.solidarische-moderne.de | info@solidarische-moderne.de

PERSPEKTIVEN DER EUROPÄISCHEN WÄHRUNGSUNION

Mit den Rettungsschirmen für Griechenland und die Eurozone ist zunächst der Crash im Euro-Währungsraum abgewendet worden. Mit der Gewährleistung der Kreditversorgung von Mitgliedsländern, die unter den Druck der Finanzmärkte kamen, sind zugleich die spekulativen Attacken abgeklungen. Mit der dreijährigen Laufzeit der Rettungspakete ist Zeit gewonnen, aber noch keines der Probleme gelöst, die zum Ausbruch der Eurokrise führten. Was müssen die Reformvorschläge berücksichtigen, damit die Eurozone dauerhaft stabilisiert wird?

Sparen! – Die deutsch-europäische Version

Nicht zuletzt auf Betreiben der deutschen Bundesregierung mit Unterstützung der Europäische Zentralbank zeichnet sich derzeit ein „Reform-Konsens“ ab, der zweierlei beinhaltet:

Abgesehen davon, dass in den Krisenländern (Griechenland, Spanien, Portugal, Irland) bereits rigide Sparprogramme im Gange sind, soll generell der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) verschärft werden. Die Defizite sollen rasch zurückgeführt werden, das 60%-Schuldenstands-Kriterium stärker berücksichtigt werden. Die Haushaltsüberwachung der Mitgliedsstaaten soll schon vor deren Haushaltsbeschlüssen einsetzen. Defizitverfahren sollen frühzeitiger eingeleitet und rigoroser werden. Einem deutsch-französischen Regierungspapier zufolge sollen die Mitgliedsländer Defizitrestriktionen (Schuldenbremsen) in ihre nationale Haushaltsgesetzgebung aufnehmen. Die Glaubwürdigkeit der fiskalpolitischen Überwachung soll durch Sanktionen erhöht werden (Verpflichtung zu Strafzahlungen, Kürzung von Kohäsionsmitteln, Neutralsierung des Stimmrechts).

Zweitens wird die Überwachung der „privaten Verschuldung“ in der Weise angegangen, dass Länder mit Leistungsbilanzdefiziten zu „Strukturreformen“ veranlasst werden. Damit wird zwar immerhin anerkannt, dass die Leistungs-

bilanzunterschiede der Mitgliedsländer ein Problem darstellen, die Anpassung wird allerdings einseitig (asymmetrisch) den Krisenländern abverlangt. Die Überschussländer sind damit außer Obligo, Deutschland wird sich am Anpassungsprozess nicht beteiligen.

Damit stehen die Aussichten für die Revitalisierung der Eurozone schlecht:

- Bei nach wie vor nicht überwundenen Folgen der Finanzkrise weltweit macht ein eurozonenweites Austeritätsprogramm konjunkturelle Rückschläge und nachfolgende Stagnation wahrscheinlich, weil einige zu harten Einschnitten verpflichteten südeuropäischen Länder in eine Rezession gezwungen werden, ohne dass mindestens von den Überschussländern (Deutschland) expansive Impulse gesetzt werden.
- Wenn das Wirtschaftswachstum in den Krisenländern einbricht, wird es noch schwieriger, die Haushalte zu konsolidieren. Mindestens für Griechenland, Spanien, Portugal und Irland besteht die Gefahr, dass gerade wegen der erzwungenen Rezession die Staatsschuldenquote weiter ansteigt. Das Programm hält also nicht, was es verspricht.
- Die aufgetürmten Leistungsbilanzungleichgewichte können nicht mittels einseitiger Anpassung der Krisenländer überwunden werden. Sie sind das grundsätzlichere Problem, zu dessen Lösung es einer makroökonomischen Koordinierung in der Währungsunion und symmetrischer Anpassung bedarf.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist gescheitert

Man sollte die Augen nicht davor verschließen: Der SWP hat nicht verhindert oder verhindern können, dass der Euroraum in die Krise und einige Mitgliedsländer an den Rand der Zahlungsunfähigkeit kamen, das Auftürmen von Leistungsbilanzungleichgewichten kam gar nicht ins Blickfeld. Das wichtige Gegensteuern in der Finanzkrise und die Bewältigung der Eurokrise konnten nur durch das Brechen des Paktes bewältigt werden, nur mittels eigentlich nicht

erlaubten höheren Defiziten wurde ein noch schlimmerer Wirtschaftseinbruch verhindert. Nur durch die Ausgabe von Euro-Krediten – was der Vertrag dem Geiste nach jedenfalls verbietet – konnte die Refinanzierung einiger Mitglieds-länder gewährleistet und ein noch größerer Crash abgewendet werden.

Die sterile Fixierung auf das Staatsdefizit blendet wichtige Zusammenhänge aus, so den unauflösbaren Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Staatsdefizit. Der Finanzminister kann das Defizit nicht einfach planen. Läuft die Wirtschaft nicht, „erleidet“ er ein Defizit, selbst wenn ein „sparsamer Haushalt“ veranschlagt wurde. Werfen wir einen Blick auf die Zeitspanne vom Beginn der Währungsunion (1999) bis zum Ausbruch der Finanzkrise (2007). Obwohl Griechenland beständig, wenn auch leicht sinkend, das Drei-Prozent-Kriterium verletzte, blieb die Staatsschuldenquote konstant. Warum? Weil die Wachstumsraten in Griechenland relativ hoch waren. In Spanien und Irland reduzierte ein boomartiges Wirtschaftswachstum die Staatsschuldenquote drastisch. Im zweifelsohne sparsamen Deutschland stieg die Staatsschuldenquote von 61 auf 65 Prozent, weil die Wirtschaft überwiegend stagnierte. – Von daher sollte das finanzpolitische Augenmerk mehr auf einen verstetigten Ausgabenpfad¹ als auf das Defizit gerichtet werden.

Durch einen beispiellosen Steuersenkungswettbewerb insbesondere zugunsten von Unternehmen und einkommensstarken Schichten wurde in vielen Staaten die Einnahmehasis unterminiert. Auch zu diesem Zusammenhang hat der SWP keinen Zugang. Das am meisten im Focus stehende Griechenland hat die niedrigste Steuerquote in der Währungsunion – und wurde jahrelang dafür gelobt. Eine ordentliche Besteuerung dort hätte den aktuellen Problemen schon die Spitze genommen. Auch in Deutschland ist ein Teil der Etatprobleme diesem Steuersenkungswettbewerb geschuldet.

Die Hauptursache für den Defizitanstieg seit 2007 aber war, dass die Staaten auf das Platzen der Kreditblasen und auf den Nachfrageeinbruch im privaten Sektor reagieren mussten. De facto wurden so private Schulden in staatliche

¹ E. Hein/A. Truger, Europäische Finanzpolitik: Ausgabenpfade als konjunkurgerechte Alternative zum Stabilitäts- und Wachstumspakt, IMK-Report 10 (2006)

Schulden verwandelt, ein Zusammenhang, der im SWP ebenfalls ausgeblendet bleibt. Nach dem Platzen der spekulativen Blasen an den Finanzmärkten – egal ob bei Immobilien (Spanien, USA), Währungen, Aktien – konnten viele Schuldner ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen, was sich auch als Bankenkrise manifestierte. Die nationalen Regierungen mit den Schutzschirmen für Banken und andere Private sind damit am Ende für die potentiellen Verluste im Privatsektor und dessen verringerter Steuerzahlung verantwortlich. Egal ob Privatschulden oder Staatsschulden, der Staat haftet in letzter Instanz. Das ist schließlich der Grund, warum nicht nur internationale Investoren die Staatsschulden und die Privatschulden einfach zusammenrechnen (Leistungsbilanzdefizit) – was die ultimative Haftung anbelangt, gibt es keinen Unterschied. Insofern sind diese klüger als jene Politiker, die sich selektiv auf die Staatsschuld fixieren.

Staatsspleiten – und durch welche Regel sie verhindert werden

Die Beziehungen der drei Sektoren einer Volkswirtschaft – öffentlicher Sektor, privater Sektor und Auslandssektor stehen in einer dynamischen Beziehung zueinander: Die Summe der öffentlichen Defizite (oder Überschüsse) und der privaten Defizite (oder Überschüsse) sind gleich dem Leistungsbilanzdefizit (oder –überschuss). Dieser Zusammenhang ist logisch zwingend. Das dynamische Moment dieser Beziehungen besteht darin, dass Änderungen an einer Stelle zwingend Änderungen an anderer Stelle bedingen. Sollen z. B. Staatsdefizite reduziert werden, gelingt dies nur, wenn der Privatsektor mehr ausgibt (Konsum, Investition) etwa weil die Konjunktur gut läuft oder wenn sich das Ausland höher verschuldet (Exporte). Sind beide Sektoren im Ergebnis nicht dazu bereit oder fähig, gelingt auch das „Sparen“ des Staates nicht.

Für die Frage, ob ein Staat oder Land sich überschuldet oder nicht mehr kreditwürdig ist, hilft ein isolierter Blick auf die Staatsverschuldung nicht weiter. Warum hat Japan keinerlei Probleme, Kredite zu günstigen Konditionen zu bekommen, obwohl die Staatsschuldenquote bei 200 Prozent liegt? Warum

sind südeuropäische Länder in Schwierigkeiten geraten, obwohl ihre Schuldenquote halb so hoch ist wie die Japans?

Ein Unternehmen ist kreditwürdig, wenn die Kreditgeber glauben (Gläubiger), dass das Unternehmen auch in Zukunft seine Produkte wird verkaufen und so den Schuldendienst wird refinanzieren können. Im Unterschied zu Unternehmen ist der Staat grundsätzlich in der Lage, sich bei seinen Bürgern dauerhaft zu refinanzieren. Diese Tatsache, dass ein Staat nicht pleitegehen kann, sorgt für seine vorteilhafte Stellung an den Finanzmärkten. Anders ist das allerdings, wenn man den Fiskus und den Privatsektor, also die ganze Volkswirtschaft im Außenverhältnis zum Rest der Welt betrachtet. Wenn die Volkswirtschaft mehr ausgibt als sie einnimmt, mehr verbraucht als sie produziert, verschuldet sie sich gegenüber dem Ausland. Gegenüber dem Ausland besteht aber keine permanente Refinanzierungsmöglichkeit. Das Land kann seinen Kreditverpflichtungen im Ausland nur nachkommen, wenn seine Produkte im Ausland Absatz finden. Eine Volkswirtschaft kann wie ein Unternehmen ähnlichen Kreditwürdigkeitsgesichtspunkten unterliegen. Es geht also um Wettbewerbsfähigkeit.²

Ein anhaltendes größeres Leistungsbilanzdefizit entsteht, wenn ein Land dauerhaft mehr ausgibt als es einnimmt und ist in der Regel ein Ausdruck verlorengangener Wettbewerbsfähigkeit. Erst dann wird nicht mehr „geglaubt“, dass die Schuldner dieses Landes dauerhaft ihre Kredite gegenüber dem Ausland bedienen werden, erst dann wird daran gezweifelt, ob ein fundamental geschwächter Privatsektor in diesem Land in der Lage ist, die Refinanzierung seines eigenen Staates zu gewährleisten. Bei einem Land mit ausgewogener Leistungsbilanz oder einem Überschussland kommen solche Zweifel erst gar nicht auf, unabhängig wie hoch die interne Staatsverschuldung auch ist. Für die Stabilität einer Währungsunion ist deshalb die Kontrolle der Leistungsbilanzen entscheidend und weniger die Kontrolle von isolierten Staatsdefiziten. Für die Europäische Währungsunion sollten deshalb feste Obergrenzen für

² H. Flassbeck/F. Spiecker, Lohnpolitische Konvergenz und Solidarität oder offener Bruch, Wirtschaftsdienst März 2010

Leistungsbilanzdefizite von etwa zwei bis drei Prozent des BIP eingeführt werden anstelle der Schuldenbegrenzungsregel des SWP. (Warum auch die Überschüsse begrenzt werden sollen, ergibt sich aus den Überlegungen weiter unten.)³

Gleichwohl ist ein anhaltend hoher Staatsschuldenstand bzw. eine hohe Staatsschuldenquote aus Gründen staatlicher Handlungsfähigkeit nicht wünschenswert und die Bestrebung, hohe Schuldenquoten zurückzuführen, an sich richtig. Eine Leistungsbilanzdefizit-Regel, wie eben vorgeschlagen, begrenzt aber eine ausufernde Staatsverschuldung implizit auch ohne festgelegte Staatsdefizit-Obergrenzen. Grund ist der eingangs dieses Abschnitts angesprochene dynamisch-logische Zusammenhang der volkswirtschaftlichen Sektoren Staat, privater Sektor und die im Leistungsbilanzsaldo abgebildete Auslandsbeziehung. Darf die Auslandsverschuldung des Landes wegen der Begrenzung des Leistungsbilanzdefizits nicht steigen, so kann der Staat nur insoweit neue Schulden machen, als der Privatsektor spart (= die Wettbewerbsfähigkeit erhöht), höhere Defizite würden nämlich die Leistungsbilanz weiter passivieren. Soll das Leistungsbilanzdefizit zurückgeführt werden, müssen Privatsektor und Staatssektor in der Summe sparen, d. h. die Lohnkostenentwicklung und/oder der Ausgabenpfad gedämpft werden.

Lässt man diese Zusammenhänge außer Acht, kommt man nicht nur zur bekannten selektiven Wahrnehmung von Staatsdefiziten, sondern auch zu vorschnellen Schlüssen, was einen „haircut“ von Staatsschulden bei jenen Mitgliedsländern der Währungsunion anbelangt, die am Kapitalmarkt Refinanzierungsschwierigkeiten haben. Abgesehen davon, dass ein Schuldenschnitt, ob von vornherein geregelt oder nicht, nicht ohne erhebliche ökonomische und politische Turbulenzen zu haben ist, er beseitigt nicht das fundamentale Problem der Wettbewerbsschwäche des Mitgliedstaats, das sich hinter anhaltenden Leistungsbilanzdefiziten verbirgt. Denn während Länder mit eigener

³ Für die inhaltliche und institutionelle Umsetzung eines solchen Vorschlags für einen reformierten Pakt machen G. Horn u. a. einen konkretisierten Vorschlag. Siehe G. Horn u. a., Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts: Nicht nur öffentliche, auch private Verschuldung zählt. IMK-Report 51(Juli 2010)

Währung ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit durch Abwertung der Währung korrigieren können, steht dieses Mittel einem Mitglied einer Währungsunion nicht zur Hand.

Überschüsse und Defizite sind wechselwirkend

Wettbewerbsfähigkeit ist keine absolute Größe, sondern eine relative. Aus dem Zusammenspiel von Produktivität und Lohnwachstum ergibt sich für jedes Land ein Güterpreisniveau, das in Relation zum konkurrierenden Ausland steht. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit⁴ hängt damit nicht allein von der landesinternen Preisentwicklung ab, sondern ebenso von der des Auslands, worauf das Land keinen Einfluss hat. Ein Land A kann einen Normalpfad von Lohnentwicklung und Wachstum gehen; wenn das Partnerland B Lohndumping betreibt, läuft das Land A in die Wettbewerbsfalle ohne sein Zutun. - Während das Lohnwachstum in den südeuropäischen Mitgliedsländern andauernd mehr oder weniger über dem Produktivitätswachstum lag und Frankreich eine mittlere Stellung einnahm, blieb die Lohnentwicklung in Deutschland extrem und auch mit Abstand zu anderen Überschussländern immer deutlich hinter der Produktivität zurück. Deutschland baute deswegen anhaltende und extrem hohe Leistungsbilanzüberschüsse auf, während die wettbewerbsschwachen Länder zunehmend in Leistungsbilanzdefizite fielen. Da die Währungsunion durch ein hohes Maß an interner Wirtschaftsverflechtung einerseits und durch eine insgesamt nahezu ausgeglichene Leistungsbilanz zum Rest der Welt gekennzeichnet ist, ist auch klar, dass die Überschüsse der einen die Defizite der anderen sind, die Ungleichgewichte der Leistungsbilanzen in der Währungsunion bedingen sich gegenseitig.

Bei einer Orientierung am Inflationsziel der EZB von zwei Prozent, hätten die nominalen Lohnstückkosten in den Mitgliedsländern zwischen 1999 und 2007

⁴ In der EWU waren zu Beginn die Wettbewerbsverhältnisse (Leistungsbilanzen) einigermaßen ausgewogen. Die große Divergenz in den Preisniveaus der verschiedenen Mitgliedsländer ist ersichtlich eine Divergenz der Lohnentwicklung (Lohnstückkosten). Sie beruht nicht auf einer Verlangsamung der Produktivität bei Defizit- oder einer Beschleunigung der Produktivität bei den Überschussländern. Das Produktivitätswachstum in Griechenland war sogar etwas höher als das Deutschlands.

um knapp 20 Prozent steigen müssen, was einzig bei Frankreich der Fall war. In den Krisenländern sind sie in einer Bandbreite von über 20 bis 30 Prozent gestiegen, in Deutschland allerdings nur um 1,8 Prozent. Kein anderes Mitgliedsland ist vom „Normalpfad“ der Lohnentwicklung so stark abgewichen.

Die Südeuropäer hätten so viel Außenverschuldung gar nicht anhäufen können, hätte vor allem Deutschland⁵ nicht so „gespart“. Wer wie Deutschland hohe Überschüsse einführt, der spart mehr als er investiert. Anders als die Theoretiker des Stabilitätspakts vermuten, mündet solcherlei Sparen keineswegs automatisch in ein Mehr an Investitionen. Vielmehr müssen solche Länder beziehungsweise deren Banken, ihre überschüssigen Einlagen (die Übersparnis) ins Ausland transferieren und dort vor allem die Defizite anderer finanzieren – und riskieren, dass bei Zahlungsunfähigkeit ein Teil der Forderungspapiere wertlos wird. Umgekehrt hätte in Deutschland gar nicht so viel „gespart“ werden können, hätten die Südeuropäer nicht „so viel Geld ausgegeben“.

Makroökonomische Koordinierung

Das Anstreben von Überschüssen, das bei anderen Ländern der Währungsunion notwendigerweise Defizite generiert, ist für eine Währungsunion also nicht weniger problematisch. Deshalb sollten auch für Leistungsbilanzüberschüsse Obergrenzen von zwei bis drei Prozent des BIP eingeführt werden. Anhaltende größere Überschüsse sollten genau so vermieden werden wie anhaltende größere Defizite. Das ist die makroökonomische Koordinierung, um die es geht. Ziel muss es sein, einen entsprechenden politischen Konsens zu erreichen und diese Form der Regulierung auch institutionell zu verankern. Das ist

⁵ Mehrmals wird hier kritisch auf Deutschland eingegangen, obwohl es auch andere Überschussländer in der Währungsunion gibt. Der Grund liegt einmal in der schieren Größe Deutschlands und der quantitativen Bedeutung von dessen Binnennachfrage für die Gesamtnachfrage im Euroraum. Der andere Grund ist, dass Deutschland von 1999 bis 2007 – wovon in politischen Einzelentscheidungen auch immer motiviert – im Ergebnis den restriktivsten Lohnpfad und ebenso den restriktivsten Staatsausgabenpfad beschritten hat. Die Folge war ein stagnierendes Binnenwachstum und ein deutlich unterdurchschnittliches Wirtschaftswachstum im Euro- wie auch im OECD-Vergleich, in den meisten Jahren hatte Deutschland beim Wachstum die rote Laterne.

gemeint, wenn verschiedentlich die Forderung nach einer „Wirtschaftsregierung“ erhoben wird.

Außenwirtschaftliches Gleichgewicht anzustreben, sollte für alle Mitglieder der Währungsunion verbindlich sein, was nichts anderes bedeutet, als dass jedes Land sich seinen Verhältnissen anpassen muss. Kein Land soll über seine Verhältnisse oder unter seinen Verhältnissen leben. Das impliziert, dass die Lohnentwicklung im Großen und Ganzen in den einzelnen Ländern dem Pfad von Produktivitätswachstum plus Zielinflationsrate folgen muss. Bei bereits entstandenen erheblichen Ungleichgewichten muss eine symmetrische Anpassung koordiniert werden: Defizitländer müssen sparen und Überschussländer müssen ihre Binnennachfrage anregen.

Sanierung der Defizitländer erfordert Expansion bei den Überschussländern

Die erhebliche Lücke in der Wettbewerbsfähigkeit zwischen Deutschland (und in geringerem Umfang Österreich, Niederlande und Finnland) einerseits und den Ländern mit hohen Leistungsbilanzdefiziten kann nur in einem langwierigen Anpassungsprozess wieder geschlossen werden, andernfalls ist die Währungsunion nicht überlebensfähig.

Diese Anpassungslast alleine den Defizitländern auflasten zu wollen, wie das die deutsche Bundesregierung und einige EU-Akteure anpeilen, wird in der Erfolglosigkeit münden, weil ein solcher Weg alle hier thematisierten Wechselwirkungen ignoriert.

Baut insbesondere Deutschland mittels Lohnzurückhaltung und Niedriglohnsektor weiterhin enorme Überschüsse auf, kann den wettbewerbsgeschwächten Ländern ein Aufholen nicht gelingen und ihre Außenverschuldung wird ein Problem bleiben, den Bevölkerungen dort werden am Ende nur sinnlose Opfer abverlangt. Wenn noch dazu Deutschland auf einen langsameren Ausgabenpfad bei den öffentlichen Haushalten ginge, gäbe es auch von daher keinerlei Wachstumsimpulse. Die asymmetrische Anpassung bedeutet für die betroffenen Mitgliedsländer einen tiefen Fall im staatlichen wie privaten Kon-

sum, also eine schwere Rezession, aus der sie sich nicht allein befreien könnten, wird nicht ein expansives ökonomisches Umfeld geschaffen. Ein Nachfrageeinbruch in diesen Ländern bleibt nicht ohne Rückwirkung auch auf die deutschen Exporte. Ein asymmetrischer Anpassungsprozess kostet Wachstum für die gesamte Eurozone, mehr noch, es besteht die Gefahr eines deflationären Wettlaufs um reale Abwertung.

Wegen der wechselseitigen Abhängigkeiten von Leistungsbilanzen und weil auch Wachstum und Schuldenentwicklung zusammenhängen, ist der Erfolg von Konsolidierungsanstrengungen in den Krisenländern der Währungsunion auch von der Wirtschaftspolitik in den Partnerländern in der Eurozone abhängig. Ein kräftiges Nachfragewachstum in den Partnerländern würde auch die Exporte in den Krisenländern ankurbeln und damit einen positiven Wachstumseffekt setzen. Ein höheres Lohnwachstum⁶ in den Partnerländern würde den Krisenländern auch ohne massive Lohnsenkungen wieder an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen lassen. Diesbezügliche Modellrechnungen zeigen, dass eine Fortsetzung der gegenwärtigen Politik dazu führen wird, dass in Griechenland, Spanien und Portugal die Staatsschuldenquoten nicht sinken, sondern im Gegenteil im Verlauf dieses Jahrzehnt deutlich ansteigen und hoch bleiben würden.⁷

Die Rolle Deutschlands

Der Schlüssel zum langfristigen Überleben des Euro liegt also in Deutschland.⁸ Gemeint ist hier nicht die Großzügigkeit, mit der man sich an Hilfspaketen beteiligt, denn diese Pakete lösen langfristig kein einziges Problem. Es geht hier

⁶ Gelegentlich wird eingewendet, die Regierung könne die Löhne wegen der Tarifautonomie nicht beeinflussen. Ein solcher Einwand ist naiv. Die formalen Abschlüsse und Einzelheiten sind Sache der Tarifpartner. Die Lohnpolitik selbst ist immer ein Gegenstand politischer Kontroversen und Einflussnahmen sowie der Gesetzgebung (Stärkung oder Schwächung der Gewerkschaften, Tarifbindung, gesetzliche Mindestlöhne und nicht zuletzt öffentliche Meinungsbildung).

⁷ S. Dullien/D. Schwarzer, Umgang mit Staatsbankrotten in der Eurozone. SWP-Studie, Juli 2010 Berlin

⁸ W. Münchau, Letzter Ausweg gemeinsame Anpassung – die Eurozone zwischen Depression und Spaltung. Friedrich-Ebert-Stiftung, Analysen und Konzepte zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Juni 2010

einzig um das Wie der Anpassungsprozesse in der Europäischen Währungsunion. Gelingt dieser nicht, wird Deutschland zahlen, entweder haftend für die Notkredite oder im Rahmen einer Transferunion. Oder die Währungsunion zerbricht.

Nicht die Exportstärke Deutschlands oder gar sein technologisches Niveau steht in der Kritik, sondern sein Ausmaß an Überexport und die stagnierende Binnennachfrage, die die Exportaussichten der Partnerländer beschränkt, kurz gesagt, sein Bestreben, sich Wachstum immer nur borgen zu wollen, anstatt selbst Nachfragekraft zu entwickeln. Die Manie der deutschen Bundesregierung, die deutsche Lohnstagnation allen anderen Partnerländern aufzwingen zu wollen, wird Deutschland zunehmend auch in eine gefährliche außenpolitische Isolierung treiben. In einer Reihe von Ländern wird die Europa-freudigkeit der Bevölkerung weiter erlahmen, wenn diese Europa nur noch als eiskalte Behörde der Lebensstandardbeschneidung erleben.

Die Wettbewerbslücke in der Europäischen Währungsunion ist enorm – mit einer Größenordnung von ungefähr 20 Prozent. Keine Frage, in Ländern mit hohen Leistungsbilanzdefiziten muss die Bevölkerung einige Zeit den Gürtel etwas enger schnallen. Aber Deutschland muss den Gürtel weiter schnallen. Hielten sich von jetzt ab alle Mitgliedsländer an die Lohnregel, die Löhne im Ausmaß von Produktivitätswachstum plus Zielinflationsrate zu steigern, was wäre dann erreicht? Erreicht würde lediglich, dass sich die Wettbewerbsschere nicht noch weiter öffnet! Aber die vorhandene Wettbewerbslücke würde fortbestehen!

Das heißt, in Deutschland muss die Gesamtlohnsumme einige Jahre lang stärker steigen als die Lohnregel dies vorgibt, also nominal um mindestens vier Prozent. Nur so kann ein einigermaßen friktionsfreier Anpassungsprozess gelingen. - Damit steht das Ende der Lohnbescheidenheit bei den Tarifverhandlungen auf der Tagesordnung. Aber nicht nur das. Politisch muss dafür gesorgt werden, dass gesetzliche Mindestlöhne eingeführt werden, die Tarifbindung erhöht wird, kurz gesagt wieder Fairness auf dem Arbeitsmarkt einkehrt. Zu-

sätzlich kann diese Politik gestützt werden, durch einen expansiveren Ausgabepfad bei öffentlichen Investitionen und Diensten. Letzteres sollte durch Steuererhöhungen bei Spitzeneinkommen und hohem Vermögen gegenfinanziert werden, dadurch würde ein Teil des privaten „Sparens“ den Gütermärkten zugeführt und der ökonomischen Wohlfahrt dienen.

Eine solche Politik ist zweifelsohne im Interesse der Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Und eine solche Politik steht im Einklang mit den Interessen der Partnerländer in der Europäischen Währungsunion! Deutschlands hohe Leistungsbilanzüberschüsse als „Deutschlands Stärke“ auszugeben, ist eindeutig ein ideologisches Konstrukt. Hohe Überschüsse sind auf Dauer nur möglich bei andauerndem Verzicht der Bevölkerung und müssen mit niedrigeren Wachstumsraten bezahlt werden. Hohe Überschüsse mögen im Interesse der deutschen Exportkonzerne und der Finanzbranche sein, „Deutschlands Interesse“ ist das nicht.

**BISHER IN DER PUBLIKATIONSREIHE DENKANSTÖßE
ERSCHIENEN:**

- #1** Wolfgang Neskovic: Der Sozialstaat und die Wirtschaftskrise
- #2** Birgit Mahnkopf: Leitbilder auf dem Weg aus der neoliberalen Sackgasse
- #3** Andrea Ypsilanti & Hermann Scheer: Der Weg aus der Systemkrise des Wirtschaftens
- #4** Marco Bülow: Die Lobby-Republik
- #5** Klaus-Dieter Stork: So wie es bleibt, ist es nicht
- #6** Katharina Weinberger: Ungezügelter De-Regulierung und die Finanzkrise in Europa
- #7** Hans Arold: Der Bildungs-Begriff in der neoliberalen Denkfalle
- #8** Matthi Bolte, Andreas Bovenschulte & Andreas Fisahn: Die große Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft und die EU

Alle Denkanstöße stehen auf der Homepage des Instituts Solidarische Moderne kostenlos zum Download zur Verfügung: www.solidarische-moderne.de